

Grüne Handschrift wird deutlich

MITTWOCH, 13. MAI 2020

BAMBERG



Die mc
tr

Grüne Handschrift wird deutlich

POLITIK Das neue Machtgefüge im Stadtrat schlägt einen ökologischen Kurs an. Grüne, SPD, ÖDP und Volt haben sich auf einige Eckpunkte geeinigt – sogar mit der CSU. Das sind die zehn ambitioniertesten Ziele des „Hegelsaalpapiers“.

VON UNTEREN BEKANTUNGSMITGLIED
SEBASTIAN SCHANZ

Bamberg – Es grünt so grün in Bamberg. Die Verschiebung der Kräfteverhältnisse ist deutlich zu erkennen in der politischen Absichtserklärung des neuen Machtgefüges im Stadtrat. Grüne, SPD, ÖDP und Volt haben das Papier zusammen mit der CSU im Hegelsaal ausverhandelt. Es bildet also einen breiten Konsens ab, der über die nun bestehende rot-grüne Koalition im Stadtrat sogar hinausreicht. CSU-BA-Fraktionssprecher Peter Neller betont zwar: „Wir haben das Papier nie unterschrieben.“ Wäre es zur großen schwarz-rot-grünen Kooperation gekommen, hätte man sich auf die formulierten Kompromisse jedoch einigen können. Die CSU entschied sich dann aber, ihr Profil in der Opposition zu schärfen. Keine „querulatorische Fundamentalopposition“, verspricht Neller, aber an einigen Stellen wolle man feilen.

Ungeachtet dessen hat die neue rot-grüne Koalition im Stadtrat das Hegelsaalpapier zur Grundlage ihrer Arbeit erklärt. SPD-Fraktionssprecher Klaus Stieringer berichtet von Einigkeit bei markanten Punkten wie der Verkehrswende, Diskussionsbedarf beim Zeitplan. „Das ist erstmal geduldiges Papier, aber wir sind hoch motiviert, dieses auch umzusetzen“, verspricht der neue grüne Stadtrat Christian Hader.

Über allen Plänen schwebt drohend das finanzielle Damoklesschwert der Corona-Krise. So deutet das Papier bereits eine „Erhöhung der Nettokreditaufnahme“ an, „um den politischen Gestaltungsspielraum der Stadt zu erhalten“. Auch „projektbezogene Bürgerdarlehen“ oder „Unterstützung durch Crowdfunding“ werden angeregt, die städtischen Personalkosten eingefren. Trotz der klammen Finanzsituation enthält das „Hegelsaalpapier“ bemerkenswerte Punkte – hier die zehn ambitioniertesten Ziele.

1 1000 neue **Betreuungsplätze** sollen entstehen: 500 für Kinder im Grundschulalter und 500 für die ganz kleinen Bamberger. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf soll dadurch gesteigert werden. Tagespflege und Ganztagesbetreuung sind weitere Mittel der Wahl.

2 „Für die Sanierung der **Schultoiletten** wird ein Konzept bis Ende 2020 erstellt. Bis Ende 2025 sollen alle Toiletten generalsaniert sein“, heißt es im Papier. Am stillen Örtchen ist also Warten angesagt: Die Sanierungen der Schulen sind ein Millionenprojekt. Dafür soll eine Taskforce eingerichtet werden.

3 500 neue **Pflegeplätze** sollen entstehen, dazu „100 dringend benötigte Kurzzeit-

1000

Betreuungsplätze für Kinder bis zehn Jahre sollen bis 2026 neu in Bamberg entstehen.



Hinter den Kulissen ...

Zeichnung Christiane Plohmman

„Das ist erstmal geduldiges Papier, aber wir sind hoch motiviert, dieses auch umzusetzen.“

CHRISTIAN HADER
Stadtrat Grünes Bamberg

4 Die „schnellstmögliche Schließung des **Ankerzentrums** spätestens zum Vertragende 2025“ samt Nachnutzung soll forciert werden. „Für eine Umnutzung dieses Areals ist im Herbst 2020 ein Aufstellungsbeschluss zu fassen.“ Bamberg will seine Hausaufgaben machen, der Bund entscheidet.

5 Nicht weniger als die **Verkehrswende** wollen die Parteien angehen. Zehn Fahrradstraßen pro Jahr, Radzonen, regionaler Busbahnhof, Park-

and-Ride: In einer „autoreduzierten Innenstadt“ soll größtenteils Tempo-30 gelten. Die grüne Handschrift ist deutlich.

6 „Als Vorzeigeprojekt zur Begrünung und Attraktivierung soll der **Maxplatz** dienen.“ Ein Klimaschutzmanager, eine Abgabe auf To-Go-Verkäufe, mehr Naturschutzgebiete, weniger geschotterte Gärten: Umweltschutz bestimmt die Agenda. Auch über eine Laser-show statt Silvesterraketen wird nachgedacht.

7 „Auf der Muna sind **Schutzzonen** in Form von Bannwald, Landschaftsschutzgebieten und Naturschutzgebieten auszuweisen. Maßgebend sind dazu die von der Bürgerinitiative Hauptmoorwald eingereichten Karten“: Weniger versiegelte Flächen und mehr Bürgerbeteiligung sollen den politischen Fahrplan bei der Konversion bestimmen.

8 500 **Sozialwohnungen** bis 2026: An dieser Hausnummer wird sich die neue Regierung messen lassen müssen. Die Schraube der Sozialklausel soll je nach Bauprojekt angezogen werden, um Mietpreise zu deckeln.

9 Mehr Proberäume, mehr Geld für die freie Kultur-

10 Ein Zweckverband für Kultur mit dem Landkreis wird angeregt. Das Kulturzentrum auf der Lagarde soll noch heuer erste Lebenszeichen von sich geben. Beim Kesselhaus soll eine Machbarkeitsstudie erarbeitet werden. Die umstrittenen „Bayernbilder“ im Rathaus Maxplatz sollen laut der politischen Willensbekundung noch heuer abgehängt werden.

KOMMENTAR von Sebastian Schanz

Kein Konsens zum Konsens

Die CSU hat sich in letzter Minute gegen eine **Mega-Kooperationsgemeinschaft** mit den Grünen und der SPD gewandt. Beinahe wäre es zur grün-schwarz-roten **Kenia-Koalition** im Bamberger Stadtrat gekommen, auch **Afghanistan-Koalition** genannt. So stark waren Experimentierfreude und Wille zur Macht bei den Christsozialen dann doch nicht ausgeprägt, von prominenten Personalfragen ganz zu schweigen. Am Inhaltlichen lag es dem Vernehmen nach aber nicht. Das Kooperationspapier lag ausfor-

muliert auf dem Tisch, nur die Unterschrift fehlte noch. Die Kompromisse waren selbst bei strittigen Themen wie Muna oder Verkehr gelungen.

Man braucht kein Prophet sein, um vorauszusagen, dass die Stadträte aus dem rot-grünen Regierungslager ihre Kollegen der CSU im Sitzungssaal des Ötoren dezent oder auch nicht dezent auf diese Geschichte hinweisen werden, wenn sich die CSU-BA-Fraktion in ihrer Oppositionsrolle allzu sehr profilieren möchte.



s.schanz@franken.de

Anmerkungen

Aus der Vielzahl von Vorhaben und Absichten der Grünen, Roten und Schwarzen (im weitesten Sinne) will ich ein paar herausgreifen und meine Meinung dazu sagen:

1. Auf der Muna sind Schutzzonen in Form von Bannwald, Landschaftsschutzgebieten und Naturschutzgebieten auszuweisen.
 2. Erhaltung landwirtschaftlich genutzter Flächen, aber auch Schaffung neuer Gewerbeflächen: 500 Sozialwohnungen bis 2026 [sind zu errichten].
 3. Die umstrittenen Bayerleinsbilder im Rathaus Maxplatz sollen laut der politischen Willensbildung noch heuer abgehängt werden.
- Hätte schon längst gemacht werden können, wenn es von den Grünen nicht hintertrieben worden wäre.
 - Der vorhandene Grund und Boden kann nur einmal verwendet werden. Wie das Paradoxon gelöst werden soll, wissen die Götter.
 - Vor fast fünf Jahren habe ich schon auf diesen Skandal hingewiesen ([Bilder müssen weg](#)). An diesem Ärgernis sind – von Ausnahmen abgesehen – alle gleichermaßen schuld. Ein solches Gedöns aufzuführen, statt die Bilder einfach abzuhängen, ist abstoßend.

In der Bayerischen Gemeindeordnung wird eine größere Anzahl stadträtlicher Tätigkeiten angeführt. Die Ausdrücke Regierung und Opposition sowie Regierungsbildung oder Regierungserklärung tauchen nicht auf. Das hier als Regierungserklärung bezeichnete Schriftstück ist nichts anderes als ein Konglomerat gut gemeinter Wünsche ohne ernsthaften Hintergrund.

Fraktionen, Wählergemeinschaften und Einzelkämpfer mögen ihre Ziele so marktschreierisch auf Facebook usw. anpreisen wie sie wollen – bezwecken werden sie nicht viel, zumal die Mehrheit der Bevölkerung die Nase voll hat von diesem Theater. Entscheiden wird der Stadtrat in seiner Gesamtheit – und da gelten andere Gesetzmäßigkeiten. Im Übrigen frage ich mich, ob die Fraktionen die erforderlichen Zustimmungen ihrer Parteien für den Abschluss dieser Regierungserklärung haben.

Apropos: Das Streben nach autofreien Städten mit Bevorzugung des Fahrradverkehrs soll (wie ich dieser Tage in der Zeitung las) vorbei sein, weil das Fahren im Auto sicherer sei.

© *Andreas Stenglein,*
Bamberg-Gaustadt, 15. Mai 2020

Vgl. [Bilder müssen weg](#) und [Bamberger Stadtratswahl 2020 CSU geht in die Opposition](#).

Siehe auch: [Stadtpolitik in Bamberg: Mit den Grünen oder gegen sie?](#)